

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 105 (2011)
Heft: 11

Buchbesprechung: Bücher

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Roger Blum, Heinz Bonfadelli, Kurt Imhof, Otfried Jarren: Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien. 260 S. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2011

Gleich vorweg ein Warnsignal: Für den mit der Medienwissenschaft nicht vertrauten Leser enthält das hier besprochene Buch nicht immer leicht lesbare Texte. Es handelt sich um einen Sammelband mit Vorträgen über Qualitätsmedien von 15 Medienwissenschaftern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, die an einem Symposium in Zürich 2008 gehalten worden sind. Dennoch ist es die Mühe wert, sich durch den wissenschaftlichen Überbau zu kämpfen und zu Thesen vorzustossen, die dann wichtige, oft beunruhigende Entwicklungen aufzeigen.

Ohne grosse wissenschaftliche Umschweife erklärt Roger Blum, worum es eigentlich geht. Was sind überhaupt Qualitätsmedien? Eine Qualitätszeitung, so erinnert der emeritierte Berner Professor und ehemalige Journalist, verfügt über spezialisierte Fachredaktionen, die ihre GesprächspartnerInnen kompetent befragen können und legt Gewicht auf die klassischen Themen aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Qualitätsmedien sind «Leuchttürme öffentlicher Kommunikation, die herausragen und ausstrahlen und denen eine Leitfunktion zu kommt.»

Qualitätsmedien gibt es noch, aber sie stehen unter dreifachem Druck. Die harte Konkurrenz durch neue Medien (Gratismedien in print und online) macht ihnen zu schaffen. Die Werbeeinnahmen sind zusammengebrochen, gleichzeitig sind sie mit einem anspruchsvollen, aber nicht mehr zahlungswilligen Publikum konfrontiert.

Weniger politische Berichterstattung

In einer Untersuchung der Standardressorts (Politik, Wirtschaft, Kultur, Sport) in Deutschschweizer Medien (NZZ, TA, Blick) stellen Esther Kamber und Kurt Imhof einen Rückgang der politischen Berichterstattung zu Gunsten der Wirtschaft (Börse und Märkte) und Sport fest. Vor allem die Auslandberichterstattung habe an Gewicht verloren. Diese Gewichtsverschiebungen, sodie AutorInnen, schränken die Rolle der Medien in ihrer Forums-, Kontroll – und Integrationsfunktion ein.

PR – ein trojanisches Pferd

Noch wenig erforscht ist, wie heute Public Relations die wirtschaftlich angeschlagenen Qualitätsmedien unterlaufen. Welche Ausmasse diese Unterwanderung annehmen kann, beschreibt Stephan Russ-Mohl am Beispiel der USA. Einer geschätzten Armada von mehr als 240 000 Personen in der PR-Branche stehen inzwischen in den USA nur noch knapp 100 000 Journalisten gegenüber. «Die Redaktionen verwandeln immer öfter ungeprüft und mit wenigen Mausklicks Pressemitteilungen von Firmen, Ministerien und sonstigen Interessengruppen in Journalismus,» meint Russ-Mohl. Warum sollen Regierungsstellen, Unternehmen und NGOs viel Geld für teure Werbung ausgeben, wenn sie doch Botschaften über das trojanische Pferd PR viel billiger und glaubwürdiger im redaktionellen Teil unterbringen können? Ist die Balance zwischen Journalismus und PR womöglich längst aus den Fugen geraten, ohne dass dies in der Öffentlichkeit bemerkt worden wäre?

Hat Qualitätsjournalismus eine Chance im Netz?

In der Schweiz hat Tamedia in den letzten drei Jahren auf Zeitungsredaktionen 180 Vollstellen gestrichen. Kürzlich hat der gleiche Konzern angekündigt, er werde 100 neue Journalistenstellen im Online-Bereich schaffen. Wird nun auf «20min.ch» oder «tagesschweiz.ch» weniger überhastet und oberflächlich berichtet? Oder anders gefragt: Hat der Qualitätsjournalismus im Internet überhaupt eine Chance?

Solche Fragen versucht Andreas Vasic zu beantworten. Der deutsche Medienwissenschaftler zeigt am Beispiel von Erfahrungen in Europa und in den USA auf, dass die Einnahmen aus dem Netz den Rückgang im klassischen Werbegeschäft nicht annähernd kompensieren können. Es gebe noch keine Strategie, wie im Netz eine Finanzierung mit bezahlten Inhalten (from free to fee) durchgesetzt werden könne. Und ohne nachhaltige Finanzierung gibt es auch keinen Qualitätsjournalismus im Netz.

Es gilt nicht nur zwischen Qualitätsmedien und Boulevard zu unterscheiden. Linards Udris und Jens Lucht machen auf einen dritten Pressetyp aufmerksam, den sie mit dem Begriff «Forum-Midmarket» umschreiben. Dabei handelt es sich um eine

Qualitätszeitung mit regionaler Verbreitung, die sich nicht ausschliesslich an eine Elite wende. Gerade diese mittlere Kategorie, zu der man beispielsweise den «Tages Anzeiger» zählen könnte, stehe besonders stark unter Druck, sich dem Niveau von Boulevardmedien anzupassen.

Gefährliche Polarisierung

Eine Polarisierung in Elite- und Boulevardmedien ist für Deutschland bereits Tatsache geworden. So stellen Olaf Jandura und Hans-Bernd Brosius fest: «Die Leser aus der Mittelschicht haben sich von den Qualitätsmedien abgewandt und fehlen nun als Multiplikatoren. Die gesellschaftlichen Eliten, die die Qualitätsmedien lesen, bleiben so unter sich. Die Fragmentierung des Publikums in der Mediengesellschaft gewinnt an Dynamik» mit verhängnisvollen Folgen: Wissen und Macht werden in der Gesellschaft ungleich verteilt.

Mit dieser Gefahr müsste sich die Wissenschaft ernsthafter befassen, geben die Experten zu bedenken. Ebenfalls nur am Rande gestreift wird die zentrale Frage, ob der Markt Qualitätsmedien auf die Dauer noch finanzieren kann (Vinzenz Wyss). Diesen, für das Überleben der Demokratie entscheidenden Fragen sollten sich auch die Leuchttürme selber vermehrt stellen und der Öffentlichkeit die entsprechenden Warnsignale senden.

Denn die Öffentlichkeit und die Politik sind für das Funktionieren der Leuchttürme verantwortlich. Es ist höchste Zeit, dass sie sich mit ihren Leuchttürmen intensiver beschäftigen. Und dies, solange die Leuchttürme noch über genügend Leuchtkraft verfügen, um vor kommenden Stürmen warnen zu können.

Roman Berger

Demokratie und Macht. Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik, Heft 60. Postfach, 8031 Zürich, 2011, 226 Seiten, 25 Franken. www.widerspruch.ch

Verglichen mit den Neuen Wegen ist der *Widerspruch* jung; doch drei Jahrzehnte sind in neoliberalen Zeiten für «Beiträge zu sozialistischer Politik» nicht nichts. Auch das erste Heft des 31. Jahrgangs zeigt, dass sich die Zeitschrift parteiunabhängig, aber im besten Sinne parteisch als linke Pulsprüferin und Impulsgeberin bewährt. «Arabischer

Frühling?» wird im ersten Beitrag sehr skeptisch gefragt; diesen Text empfand ich als problematisch. Samir Amin, geboren 1931 in Kairo, auf die Analyse des Neokolonialismus fixierter Ökonom und Direktor des Third World Forum in Dakar, ist als Autor zweifellos kompetent, doch er wirkt zugleich ideologisch arg festgefahren. Mao habe eben keineswegs unrecht gehabt, «als er feststellte, dass der real-existent Kapitalismus, der von seiner Natur her imperialistisch ist, den Völkern der drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika, dieser «Minderheit», die 83 Prozent der Bevölkerung des Planeten umfasst, nichts zu offerieren hatte». Wahlen seien, «wie man weiss», kaum das beste Mittel, um eine Demokratie zu errichten. Nicht nur in Ägypten dienten sie eher dazu, «der Dynamik einer fortschreitenden Demokratie ein Ende zu bereiten». Nach solchen «Frühlingen» würden neue Lakaien, hier womöglich unter der Führung von Muslimbrüdern, uneingeschränkten Wirtschaftsmonopolen dienen. Und dies im Herbst des Kapitalismus! Darum seine Parole: Emanzipation der Völker oder Barbarei. Möglicherweise behält Amin recht. Doch ich war froh, dass seiner Warnung ein aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums von Amnesty International in Bern geführtes Gespräch mit Nehad Abu El Komsan folgte. Auch die Anwältin und Menschenrechtsaktivistin in Ägypten warnt vor fundamentalistischen Ideen und schwärmt keineswegs naiv von Demokratie, der dann zum Beispiel die Frauenrechte automatisch folgten. «Es gibt keine Demokratie ohne Beteiligung von Frauen.» Auf dem Tahrir-Platz stellten sich nicht zuletzt Frauen den Gewehren der Militärs entgegen, sie wurden geschlagen, verletzt, verhaftet. Sie hätten in dieser Revolution «selbstbestimmt gehandelt, niemand hat ihnen Vorschriften gemacht». Diese neue Freiheit müsste nun verteidigt werden. Noch fehlen oft Umsetzung der Rechte im Alltag und deren kulturelle Akzeptanz, doch ein Zurück gibt es nicht. Hier klingt bei politisch ähnlicher Position ein anderer, hoffnungsvollerer Ton an.

Was danach an schweizerischen Debatten rund um Demokratie und Macht folgt, wirkt im Vergleich undramatisch. Das heisst nicht uninteressant! Willy Spieler und Daniel Vischer, Therese Wüthrich und Gisela Notz, Urs Marti und andere befassen sich zwar



mit aus den Medien bereits Bekanntem, doch das Zeitschriftenformat lässt für das Hintergründige der Tagespolitik mehr Raum. SPS-Programm, mögliche neue Allianzen, «ganze Frauenfrage» statt Quoten. Anni Lanz zeigt Bezüge zwischen der Sans-Papiers-Frage und unserem Betreuungsnotstand, die zu mehr als einem Aha-Erlebnis führen. Wir müssten uns wohl künftig «nicht nur am Wohlbefinden der einheimischen Bevölkerung, sondern an demjenigen der von der Migration abhängigen Weltbevölkerung orientieren». Linksgrün gegen nationalkonservativ – so lässt sich die Stossrichtung der auch mit Blick auf die nun hinter uns liegenden Wahlen formulierten Texte im ersten Heftteil umreissen. Im zweiten spiegelt sich eine inner-linksgrüne Kontroverse, die nach Fukushima sowie im Umfeld der ökonomischen Krisen doppelt brisant und noch lang nicht zu Ende ist. «Mit Green New Deal weiterwachsen?» fragt Elmar Altvater im Titel seines Beitrages, und er fügt im Text noch ein paar Fragezeichen hinzu. Klar ist für ihn eins: Man kann «nicht durch Verzicht und Null- oder Minuswachstum eine grüne

Welt schaffen, wenn nicht zugleich auch die sozialen Institutionen der Kapitalakkumulation verändert werden». Oliver Fahrni leuchtet hinter die Kulissen der hiesigen Atomlobby und warnt damit vor der Illusion, unser Kampf gegen AKWs sei bereits gewonnen. Der vor kurzem verstorbene Hermann Scheer wird als deutscher Solar-Pionier gegen einen «Scheinkonsens über erneuerbare Energien» ins Feld geführt, während Niklaus Scherr auf die Stromversorgung in der Schweiz eingeht und dezentrale Netze gegen Markttöffnung und Grosstechnologie stellt. Balthasar Glättli spricht die Verteilungsfrage an, will einen anderen Wohlstand für alle statt Verschwendungen für wenige, und PM. skizziert – wie immer schön uto-pisch – was das für «konviale» urbane Nachbarschaften bedeuten könnte. «Auswege aus der Wachstumsfalle», konkret, lokal. Was uns andernfalls droht, beschreibt schliesslich Claudia von Werlhof, wobei ihre Vision neuer Blüten der todbringenden Technik des Patriarchats in jeder Hinsicht schrecklich spekulativ ist. Rezensionen führen die Themen weiter.

Hans Steiger

Offener Brief der IG feministischer Theologinnen der Deutschschweiz und Liechtensteins

Wissen die reformierten Kantonalkirchen, was sie tun?

Die IG Feministischer Theologinnen beobachtet seit zwanzig Jahren die Positionen und die Praxis der Kirchen in der Schweiz, und achtet darauf, was sie zur Gleichstellung der Geschlechter beitragen. Wie ernst ist es den Kirchen mit der Frauenfreundlichkeit, und inwiefern lassen sie sich auf gut ausgebildete Frauen ein, die selbstbewusst nach ihrem Ort in der Kirche fragen? Die IG konzentriert sich für dieses Mal auf die Situation in den reformierten Landeskirchen. Ihnen wird in Sachen Gleichstellung gern eine grössere Gerechtigkeit zugesprochen, weil sie Pfarrerinnen dasselbe Amt wie Pfarrer bekleiden lassen. Doch mit der formellen Gleichstellung der Geschlechter ist noch nicht viel mehr als eine faire Ausgangslage geschaffen. Welche Weichen stellen die reformierten Kirchen der Schweiz heute bezüglich Geschlechtergerechtigkeit?

In der Nordwestschweiz existierten bis vor ein paar Jahren vier kirchliche Frauenstellen: die Beratungs- und die Projektstelle für Frauen der evang.-ref. Kirche BS, die kirchliche Frauenstelle BL sowie die Frauenstelle der röm.-kath. Kirche BS. Nun sind in den vergangenen Jahren die Bezeichnungen der Stellen umgewandelt worden, die Pflichtenhefte wurden ausgedehnt, die Prozente für Frauenbildungsarbeit aber nicht. Zur Zeit ist die Zukunft dieser Stellen mehr als ungewiss.

Auch in Zürich finden wir die Spuren des selben Phänomens: dass das evangelische Tagungszentrum Boldern unter Finanzdruck steht, ist das eine. Doch was bedeutet es für die Frauen, wenn ihr Ort feministisch-theologischer und gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung verloren geht? Boldern ist seit vierzig Jahren eine Heimat feministischer Theologie – welche Überlegungen, Pläne, Strategien existieren heute, wie dieser Heimatverlust aufgefangen werden kann?

Im Zürcher Kirchenrat wird es voraussichtlich ab 2012 nur noch eine Kirchenrätin haben. Damit ist der Aufbruch, der sich 1999 durch die Wahl von vier Kirchenrätinnen